



Bundesnetzwerk  
Bürgerschaftliches  
Engagement

# Empfehlungen des BBE an die neue Bundesregierung

**Empfehlung 1:** Engagemenpolitik auf die Agenda setzen –  
Demokratie gestalten!

**Empfehlung 2:** Gemeinnützigkeitsrecht reformieren –  
Rechtsklarheit schaffen!

**Empfehlung 3:** Bundeshaushaltsordnung überarbeiten –  
Zukunftsfähigkeit sichern!

**Empfehlung 4:** Bürokratie abbauen –  
Zivilgesellschaft wirkungsvoll fördern!

**Empfehlung 5:** Zusammenhalt und Teilhabe stärken –  
Zugänge ermöglichen!

**Empfehlung 6:** Engagementstrukturen nachhaltig fördern –  
Resilienz schaffen!

**ENGAGEMENT STÄRKEN - ZUKUNFT GESTALTEN - ENTWICKLUNG  
ERMÖGLICHEN: IMPULSE FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT****Einladung zur Zusammenarbeit**

Nach der Bundestagswahl wird deutlich: Wir brauchen ein gutes Miteinander, Offenheit für Fortschritt, einen starken Wirtschaftsstandort, einen guten Zusammenhalt in der Gesellschaft sowie ein positives Mindset, um Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Über die Bundesebene hinaus – sowohl europäisch als auch global – stehen wir vor enormen Transformationsherausforderungen; Demographie, Digitalisierung, Klimaschutz, Migration und Verteidigung, Sicherheit, Frieden und Freiheit verweisen auf große Gestaltungsaufgaben für die neue Regierung.

Hierfür ist eine lebendige, nachhaltige und resiliente Zivilgesellschaft der Schlüssel.

Eine vitale organisierte Zivilgesellschaft – und dazu gehören etwa Vereine, Verbände, Initiativen, gGmbHs etc. – rahmt das Engagement und Ehrenamt der Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft. Sie ist die wichtige Partnerin, um den positiven Aktivitäten bundesweit Raum zu geben und eine (Verantwortungs-)Gemeinschaft zu bilden, Hilfe und Unterstützung zu leisten, sich für Gerechtigkeit einzusetzen, sozialen Spaltungsprozessen entgegenzuwirken und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bewahren. Sie bietet Strukturen und innovative Ansätze.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist die bundesweite Austauschplattform und das Kompetenzzentrum für bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland. Wir arbeiten sektorenübergreifend in einem Zusammenschluss von Organisationen und Institutionen aus Zivilgesellschaft, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Mit fast 300 korporativen Mitgliedern ist es das größte sektorenübergreifende Netzwerk europaweit zur Förderung von Engagement und Ehrenamt und zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Wir bieten allen demokratischen Parteien die Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte an und plädieren dafür, dass die folgenden Punkte Eingang in die Koalitionsvereinbarung und das Regierungshandeln des 21. Deutschen Bundestages finden:



**ENGAGEMENT STÄRKEN - ZUKUNFT GESTALTEN – ENTWICKLUNG  
ERMÖGLICHEN: IMPULSE FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT****DATEN – FAKTEN – HINTERGRÜNDE:****Resiliente Gesellschaft**

Wesentliche und unverzichtbare Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden durch das Engagement und Ehrenamt gestaltet und durch gemeinnützige Organisationen getragen, verantwortet und begleitet. Engagement und Ehrenamt stärken Zusammenhalt. Zivilgesellschaft bewahrt und fördert Demokratie.

**Inklusive Gesellschaft**

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind bedeutende demokratiefördernde Akteure. Engagierte gestalten aktiv unsere lebendige Demokratie mit. Gemeinnützige Organisationen transportieren eine Kultur der Teilhabe und schaffen Räume für das Demokratielernen. In Organisationen eröffnen sich vielfältige Mitgestaltungsmöglichkeiten. Unerlässlich ist auch die konkrete Arbeit gegen Diskriminierung, Rassismus und Extremismus.

**Zukunft gestalten mit Zivilgesellschaft**

Die Aufgaben im Kontext eines sozialverträglichen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft können nicht allein durch Politik oder Wirtschaft gelöst werden. Es sind die Vereine, Verbände, Initiativen, gGmbHs und Stiftungen, in denen die nötige Energie, Kreativität und Expertise eingebracht werden. Durch diese Strukturen wird der Wandel in den Gemeinden, den Städten und den Regionen vorangetrieben und gleichzeitig die Bevölkerung aktiv in den Prozess eingebunden. Gelingen kann dies nur, wenn eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik etabliert wird.

**Zivilgesellschaftliches Engagement: Bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor**

Gemeinnützige Organisationen leisten wesentliche Beiträge zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Pflege, Justiz und Klima. Wichtige Daten und Fakten für die Zivilgesellschaft in Deutschland:

- **28,8 Millionen Menschen** engagieren sich.<sup>1</sup>
- Es gibt rund **660.000 gemeinnützige Organisationen**, davon sind **70 % rein ehrenamtlich** organisiert.<sup>2</sup>
- **Mehr als 4 Mio. Beschäftigte** sind in gemeinnützigen Organisationen tätig.<sup>3</sup>
- **Beschäftigungsvolumen:** Der Anteil des gemeinnützigen Sektors an allen sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungen in Deutschland steigt kontinuierlich (**10 % in 2013, ca. 13% in 2023**).<sup>4</sup>
- Die Gesamtausgaben des gemeinnützigen Sektors belaufen sich auf rund **3,3 % des BIP**.<sup>5</sup> Der gemeinnützige Sektor hat eine **mit der Automobilindustrie vergleichbare Wirtschaftskraft**.
- **13 Mrd. €** wurden im Jahr 2022 von Privathaushalten für gemeinnützige Zwecke **gespendet**.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Deutscher Freiwilligensurvey (Simonson et al. 2019),

<sup>2</sup> ZiviZ-Survey (Schubert et al. 2023)

<sup>3</sup> IAB-Betriebspanel (Hohendanner 2024)

<sup>4</sup> IAB-Betriebspanel (Hohendanner 2024)

<sup>5</sup> Priller/Zimmer (2022)

<sup>6</sup> DZI-Spendenindex

**ENGAGEMENT STÄRKEN - ZUKUNFT GESTALTEN – ENTWICKLUNG  
ERMÖGLICHEN: IMPULSE FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT****EMPFEHLUNGEN:****1. Engagemenpolitik auf die Agenda setzen – Demokratie gestalten!**

Die neue Bundesregierung sollte die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamtes und der organisierten Zivilgesellschaft prioritär auf die politische Agenda setzen und diese zum Leitprinzip in allen Politikfeldern machen. Zu diesem Zweck ist Engagementförderung als Querschnittsaufgabe zu verankern und in den verschiedenen Ressorts mitzudenken – vom Inneren über die Bildung bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit, bei der Europapolitik, in der Jugend-, Kultur- und in der Migrationspolitik. Empfohlen wird auch, das wichtige Programm „Demokratie leben!“ im BMFSFJ beizubehalten. Wichtige Ansatzpunkte für all diese Erfordernisse bieten die differenzierten [Beiträge des BBE zur Engagementstrategie der Bundesregierung](#), die seit Dezember 2024 vorliegt. Der Monitoringprozess, die Umsetzung und die Weiterentwicklung der Strategie soll gemeinsam mit den auch am Entwicklungsprozess beteiligten Kräften - auch in Zusammenarbeit mit dem BBE - gerahmt werden. Hierfür ist die Koordinierungsrunde weiterzuführen. Die Förderung des Engagements und Ehrenamts soll zum Staatsziel ernannt und in die Verfassung aufgenommen werden

**2. Gemeinnützigkeitsrecht reformieren – Rechtsklarheit schaffen!**

Mit einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sind gemeinnützige Organisationen in ihrem Handeln zu sichern und zu schützen. Klärungs- und Reformbedarf besteht zum Beispiel hinsichtlich der politischen Betätigung. Selbstorganisiertes zivilgesellschaftliches Engagement benötigt sichere Entfaltungsmöglichkeiten. Gemeinnützigen Organisationen ist es gestattet – so das gegenwärtige Rechtsverständnis in Deutschland – sich zur Verwirklichung ihrer Satzungszwecke politisch zu betätigen. Dies wird in der aktuellen Praxis jedoch immer wieder in Frage gestellt. Deshalb empfehlen wir, in der neuen Legislaturperiode Rechtssicherheit auch für die politische Betätigung gemeinnütziger Organisationen zu schaffen. Deutschlands engagierte Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Faktor für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In ihrer wertvollen Arbeit ist sie weiter sinnvoll zu rahmen und es ist zu ermöglichen, dass sie staatliches Handeln ergänzt, begleitet sowie Diskurs- und Handlungsräume stärkt. In ihrem Rechtsstaatsbericht 2024 hat die EU-Kommission erneut eine Reform des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts angemahnt und dabei ausdrücklich auf bestehende Rechtsunsicherheiten hinsichtlich der politischen Betätigung gemeinnütziger Körperschaften hingewiesen.

**3. Bundeshaushaltsordnung überarbeiten – Zukunftsfähigkeit sichern!**

Engagement ist auf allen Ebenen im föderalen System organisiert und vernetzt. Gerade diese Organisationen und Netzwerke – die Infrastrukturen – sind zu stärken, damit Wissen transferiert, Menschen gewonnen und gute Bedingungen für ihr Engagement und Ehrenamt geschaffen werden, die engagierten Bürger\*innen sich für ihre Aufgaben qualifizieren können und bisweilen auch Schutz erfahren. Durch die Überarbeitung der Bundeshaushaltsordnung ist zu gewährleisten, dass die Strukturen zukunftssicher aufgestellt sind. Das ist bislang nicht der Fall. Der Bund kann im föderalen Miteinander diesbezüglich als Vorbild auch für die Länder vorangehen. Engagement und Ehrenamt findet in erster Linie vor Ort statt, in den Städten und Gemeinden. Engagementförderung muss als Pflichtaufgabe zur kommunalen Daseinsvorsorge zählen. Dem Bund muss ermöglicht werden, die dauerhafte Finanzierung der Infrastruktur von Einrichtungen der Engagementförderung zu gewährleisten.

**ENGAGEMENT STÄRKEN - ZUKUNFT GESTALTEN – ENTWICKLUNG  
ERMÖGLICHEN: IMPULSE FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT****4. Bürokratie abbauen – Zivilgesellschaft wirkungsvoll fördern!**

Vereine und Verbände sind durch eine Verringerung der Detailsteuerung durch Zuwendungsgebende zu stärken. Verfahren und Regeln werden verschlankt und vereinfacht. Alle Gesetzentwürfe werden auf unnötige Folgekosten und übermäßigen administrativen Aufwand systematisch überprüft. Ein konsistentes Registerkonzept führt zu Zeitersparnis. Durch Haftungserleichterungen wird Nachwuchsproblemen in Vereinen begegnet. Die Business Judgement Rule sollte unabhängig von der Rechtsform implementiert werden, um mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Ein wesentliches Anliegen ist es, einfache, angemessene, einheitliche und transparente Förderbedingungen zu etablieren und damit bürokratische Hürden auf beiden Seiten zu reduzieren. Die Gemeinkostenpauschale, die beispielsweise in Digitalisierung, Personal und Strukturen fließt, wird als wichtige Investition in Organisationen empfohlen. Sie würde verhindern, dass Träger durch zuwendungsorientierte Projekte finanziell ausbluten. Denn: Starke gemeinwohlorientierte Organisationen fördern Demokratie und Zusammenhalt und sind in Krisenzeiten schnell handlungsfähig.

**5. Zusammenhalt und Teilhabe stärken – Zugänge ermöglichen!**

Organisationen der Zivilgesellschaft leisten wesentliche Beiträge, um Spaltungsprozessen vorzubeugen, Menschen einzubeziehen, den Zusammenhalt zu fördern, Raum für die Auseinandersetzung mit Mitteln der zivilen Konfliktfähigkeiten und -fertigkeiten zu bieten und Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Wesentlich ist auch hier die kontinuierliche, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Hier sind Politik und Verwaltung gefragt, Chancen durch gute rechtliche Rahmenbedingungen und durch die Unterstützung einer positiven Kultur zu befördern und Barrieren abbauen zu helfen. Marginalisierte Gruppen sind zu schützen und Teilhabe zu ermöglichen. Menschen-, Kinder- und Frauenrechte sind zu sichern. Auch für den Bund stellen sich Fragen nach versicherungsrechtlichen Regelungen zum Schutz der Engagierten regeln. Im Kontext von Anfeindungen, Diskriminierungen und Bedrohungen von Freiwilligen, die sich für Vielfalt einsetzen, bedarf es einfach zugänglicher Informationen und Anlaufstellen zugunsten ihres Schutzes, ebenso wie die Förderfähigkeit von Schutzräumen, Maßnahmen gegen Ausbeutung und menschenfeindliche Diskriminierung beim Engagement (Safe Spaces).

**6. Engagementstrukturen nachhaltig fördern – Resilienz schaffen!**

Wir empfehlen, Fördermöglichkeiten für die Arbeit gemeinnütziger Organisationen als Grundlage einer starken Demokratie auf stabile Beine zu stellen. Resilienz ist zu stärken, indem Organisationen durch gute rechtliche und politische Rahmenbedingungen grundsätzlich – und gerade auch in Krisenzeiten – stabil und unabhängig aufgestellt sind. Darin liegt die wichtige Aufgabe des Staates: Der Staat kann sicherstellen, dass Zivilgesellschaft sich entfalten kann, dass Menschen sich einbringen und beteiligen können. Zu diesem Zweck ist Engagementförderung gesetzlich zu regeln. Hierfür sind transparente und nachvollziehbare Kriterien für eine Abgrenzung zwischen Projekt- und Strukturförderung zu erarbeiten. Eine gesetzlich verankerte, dauerhafte bzw. langfristige Finanzierung und Förderung demokratischer Zivilgesellschaft der Engagement fördernden Infrastruktur löst Abhängigkeiten von Fördermittelgeber\*innen auf. Das garantiert Anerkennung und die Festschreibung der engagementfördernden Strukturen als festen Bestandteil.

**ENGAGEMENT STÄRKEN - ZUKUNFT GESTALTEN – ENTWICKLUNG  
ERMÖGLICHEN: IMPULSE FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT****WER WIR SIND UND WOFÜR WIR STEHEN:****Das BBE**

- repräsentiert die Expertise aus der organisierten Zivilgesellschaft in der Breite.
- ist das Bündnis der Akteure, die einzahlen auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Engagement und Ehrenamt, die Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratie, die Beförderung von Inklusion und Teilhabe und von gesellschaftlicher Innovation.
- bringt Aktivitäten, Maßnahmen und Instrumente der Unterstützung und Begleitung von konstruktiven Aushandlungsprozessen ein und erarbeitet gemeinsame Lösungen für zentrale gesellschaftliche Fragen.
- versteht sich auch als Sprachrohr für über 30 Mio. Engagierte in Deutschland.
- bündelt in einzigartiger Weise Wissen, Kompetenzen und Interessen, vernetzt und moderiert den Austausch und die Aushandlung.
- ist politische\*r Impulsgeber\*in für Belange der Zivilgesellschaft.
- ermöglicht sektorenübergreifenden Dialog und Zusammenarbeit, schafft Raum für den Fachaustausch sowie Synergien bei gemeinsamen Vorhaben.

**Zusammenarbeit erwünscht:** Systematisch koordiniert und in enger Zusammenarbeit mit Politik, Staat und Wirtschaft widmet sich das BBE der Aufgabe der Gestaltung der aktuellen Zukunftsfragen und Transformationsprozesse. Für die benannten Empfehlungen leitend ist, dass wir gemeinsame Wege zur Bewahrung unserer Demokratie eröffnen wollen, im Sinne der Zukunftsgestaltung in Zeiten der Transformation und mit dem Ziel der Sicherung des zivilgesellschaftlichen Engagements!

Die Empfehlungen des BBE werden durch die Gremien des BBE getragen. Die vorliegende Fassung wurde durch den BBE-Sprecher\*innenrat und die Geschäftsführerin am 04.03.2025 verabschiedet.

Sprechen Sie uns gerne an.

**KONTAKT:**

Dr. Lilian Schwalb, BBE-Geschäftsführerin  
Tel.: +49 30 1663-535-15 | [Lilian.Schwalb@b-b-e.de](mailto:Lilian.Schwalb@b-b-e.de)

**Impressum:**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement  
BBE Geschäftsstelle gGmbH | Michaelkirchstraße 17/18 | D-10179 Berlin  
[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Facebook](#) | [Newsletter](#)

Redaktion und V.I.S.D.P.: Dr. Lilian Schwalb  
Erscheinungsdatum: 04.März 2025